

Finanzlage der Kommunen in Hessen spitzt sich zu

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite steigen ungebremst / Wirtschaftskrise schlägt durch / Maßnahmen des Landes können erst langfristig helfen

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen hat sich weiter verschlechtert. Die Kassenkredite haben sich im Zuge der Wirtschaftskrise zwischen 2007 und 2011 verdoppelt. Diesen Verbindlichkeiten stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Zusätzliche Risiken bestehen in den aktuell sehr geringen Zinssätzen. Der Entschuldungsfonds des Landes ist ein richtiger Schritt, der aber nur langfristig wirken kann. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig sollte auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Hessen zum Stichtag (31.12.2011) betrug 16,7 Milliarden Euro. Das sind rund 6 Milliarden mehr als 2007. Die Kassenkredite stiegen überproportional und haben sich von 3,1 auf 6,3 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Sie machen mittlerweile mehr als ein Drittel aller kommunalen Schulden aus. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäude und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. Hessen liegt mit 1.038 Euro an vierter Stelle, weit über dem Durchschnitt von 580 Euro. Nicht nur das Niveau auch die Dynamik ist in Hessen höher als im Bundesschnitt. An der Spitze Hessens steht Offenbach mit 3.605 Euro, gefolgt vom Landkreis Rheingau-Taunus (2.793 Euro pro Kopf). Unter den kreisfreien Städten ist nur Wiesbaden frei von Kassenkrediten. Gering ist die Verschuldung auch im Landkreis Fulda und Frankfurt am Main (73 und 123 Euro pro Kopf).

Die hessischen Kommunen hatten 2011 die höchsten Zinsausgaben pro Kopf. Sie waren rund drei Mal so hoch wie jene in Baden-Württemberg. Derzeit profitieren die verschuldeten Städte und Gemeinden von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Erhöhung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte René Geißler, Finanzexperte und Mitverfasser der Studie.

Ein weiterer Indikator der Finanzsituation ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. In Hessen sind die Geldschulden rund 3 Mal höher als das Finanzvermögen. Einzig in Baden-Württemberg werden die Schulden vollständig gedeckt. Im Saarland hingegen summiert sich das Finanzvermögen auf mehr als das Neunfache der Geldschulden.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Hessen liegt hier mit 48 Prozent unterhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Die angespannte finanzielle Situation der hessischen Kommunen überrascht, verfügen sie doch pro Kopf über die bundesweit höchsten Steuereinnahmen. Bei genauerer Betrachtung konzentriert sich die Steuerkraft jedoch auf den Raum Frankfurt/Main und die Finanzbranche. „Hessen ist von der Wirtschaftskrise überproportional und durch den Strukturwandel der Banken dauerhaft betroffen“, sagte Geißler. So brach die Gewerbesteuer der hessischen Kommunen von 2008 auf 2009 von 3,6 auf 2,6 Milliarden Euro ein. Auch 2011 hatte sie sich noch nicht wieder erholt. Darüber hinaus liegen die hessischen Kommunen bei den pro Kopf Ausgaben bundesweit an der Spitze.

In den Fokus rückt daher vermehrt die Grundsteuer B, die durch die Gemeinden festgesetzt wird und nicht konjunktursensibel ist. Der Blick auf diese Steuer verrät, dass die lokale Politik ihrer Verantwortung auf der Einnahmeseite nicht vollständig nachkommt. Die hochverschuldete Stadt Offenbach führt einen Hebesatz der Grundsteuer B von 400 Punkten, Oberhausen in NRW von 530. Die Hebesätze der Gemeinden sind bundesweit die niedrigsten. In Sachsen sind sie 140 Punkte höher. Die geringsten Hebesätze treten auf in den Gemeinden der Kreise Limburg-Weilburg, Hochtaunus, Bergstraße und Wetteraukreis (gewichteter Durchschnitt zwischen 255 und 262 Punkte). Die Dynamik der Hebesätze war in den Jahren 2007 bis 2011 in Hessen gering. Der stärkste Anstieg im Zeitraum 2007 zu 2011 war in den Gemeinden des Schwalm-Eder Kreises zu verzeichnen (29 Punkte). In den fünf kreisfreien Städten blieben die Hebesätze konstant. „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise“, sagte Geißler.

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die hoch verschuldeten Kommunen allein kaum möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagt auch Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Das Land stellte 3,2 Milliarden Euro für einen langfristigen Entschuldungsfonds bereit (2,8 Mrd. Euro Entschuldung und 400 Mio. Euro Zinshilfen), begleitet die Kommunen in der Sanierung und prüft Aufgabenstandards.

Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:

Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal www.wegweiser-kommune.de.

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de